

**Erscheint täglich**  
namlich mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage.

**Abonnementspreis**  
monatlich 60 Pf.  
vierteljährlich 1.70 Mk.  
pro annuo, frei ins Haus.  
Wird die Post bezogen  
1,00 Mk. zähl. Postgeb.

**Die Neue Welt**  
(Unterhaltungsbeilage),  
wird die Post nicht bezogen  
ist, kostet monatlich 10 Pf.  
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.  
Erscheinungs-Adresse:  
Volksblatt Halle/Saale.

# Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

**Intentionsgebühren**  
betragt für die Hauptartikel  
Prüfung eines Artikels  
10 Pf., für Wohnungs-  
anzeigen 20 Pf., für  
Anzeigen 10 Pf. bis  
100 Pf. Im einzelnen Gebiete  
gilt die Seite 20 Pf. voraus

**Interesse**  
für die fällige Nummer  
müssen Lesern die be-  
richtigen Zahl in ihrer in der  
Expedition anfragen  
sein.

Eintragungen in die  
**Postzeitungs-Liste**  
unter Nr. 7908

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
Halle-Weißenfels-Reitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geisstr. 21, Hof 2 C

Expedition: Geisstr. 21, Hof part. 7

## Handelskrisis und Gewerkschaften.

Publikationen des Genossen Vorwus finden in vorteilhaftesten Kreisen besondere Beachtung, und das mit Recht. Von harter Ueberzeugung durchdrungen und temperamentsvoll geschrieben, wissenschaftliche Gründlichkeit mit gemeinsamer Darstellung vereinigt, sind sie interessant und anregend auch da, wo man damit nicht oder nur teilweise einverstanden ist. Seine neueste Broschüre „Handelskrisis und Gewerkschaften“ (4) darf wegen ihres aktuellen Inhalts und ihrer praktischen Bedeutung erhöhtes Interesse beanspruchen.

„Die guten Jahre sind vorbei; bis es wieder zu einem industriellen Aufschwung kommt, muss erst die Handelskrisis mit ihren ganzen Glanz durchgemacht werden. Welches sind in dieser Zeit die Aufgaben des proletarischen Klassenkampfes?“, so beginnt der 8. Abschnitt der Schrift: „Was tun?“, womit der Verfasser den praktischen Zweck derselben präzisiert.

Der proletarische Klassenkampf aber hat zwei Erscheinungsformen: Partei und Gewerkschaft. Auch für sie gilt der Mahnruf: „Proletariat, vereinigt Euch!“ Nur wenn beide mit einander Hand in Hand gehen, werden bedeutende Erfolge erzielt werden. Das beste Mittel nun, Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie zu vermeiden — sagt der Verfasser im Vorwort — ist, die beiden Organisationen auf eine gemeinsame Aktion zu vereinigen, sie an ihre gemeinsamen Aufgaben im Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse zu erinnern. Wichtig ist dafür vor allem die Kenntnis der wirtschaftlichen Lage, die gegenwärtig in allen ihren Verhältnissen von der Handelskrisis beherrscht wird. Es gilt also, die großen kapitalistischen Zusammenhänge derselben darzulegen, aber auch die Prognose zu stellen und die Frage zu erörtern, wie es weiter werden wird, ob Krisissen auf eine Besserung der Geschäftslage vorhanden sind. Diesen theoretischen Teil hind die beiden Abschnitte gewidmet, die nacheinander behandelt: Die Handelskrisis, „zur Theorie der Handelskrisis“, „Gründe und Entwicklung“, „Die Sturm- und Drangperiode des Kapitals“, „Die Bilanz der Aufschwüngen“, „Die Gewerkschaften und die Aufschwüngen“, „Gewerkschaften und Kapital in Deutschland“. Ein reichhaltiges Material auf wenigen Seiten gedrückt zusammengefasst und vom sozialistischen Gesichtspunkt und nach des Verfassers Auffassung beleuchtet. Leitender Grundsatz war ihm dabei, dass es nichts Gefährlicheres geben könne, als die eigene Macht zu überschätzen und die feindliche zu unterschätzen.

Wir können hier nicht auf einzelnes eingehen und wenden uns zum praktischen Teil.

Die erste und wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften für die Gegenwart ist nach dem Verfasser die Stärkung der Organisationen. Es ist kein Zweifel, dass die Krise zu einer gewaltigen Konzentration des Kapitals führen wird. Und damit wächst naturgemäß die Macht der Kartelle und Jointen

Unternehmerverbänden. Wenn nun die Arbeiter nicht für die Erweiterung ihrer Organisationen Sorge tragen, oder gar geistlos lassen, das die Abbruch erleiden, wie können sie da hoffen, einem Gegner gegenüber aufzukommen, dessen Macht und Organisation sich ununterbrochen mehrt?

Nun ist freilich die Krisis eine schwere Zeit für die Gewerkschaften. Die Jahre süßen und der Arbeiter nicht an allem zu sparen, leider auch an seinem Beitrag für die Gewerkschaften. Und vollends die Arbeitslosen sehen sich außer Hande. Ihre Mitgliedsbeiträge zu leisten. Auf der anderen Seite werden während der Krisis an die Gewerkschaften erhöhte Anforderungen gestellt, namentlich in Gewährung von Arbeitslosenunterstützungen für die Arbeitslosen. Um so größer ist die Pflicht jener Arbeiter, welche von der Krisis weniger hart betroffen werden, für die Rettung der Gewerkschaften zu sorgen. Man vergesse nicht, dass die Gefahr, welche die Gewerkschaften ereignet, die „Inselwirtschaft“, die sie den Unternehmern abzwängen, nicht nur ihnen selbst, sondern den gesamten, auch unorganisierten Arbeitervolk zu Gute kommen, das aber auch die Schwächung der Gewerkschaften eine Verheimlichung der materiellen Lage der gesamten Arbeiterschaft zur Folge haben muss. Wenn die Massen der Gewerkschaften sich erschöpfen und diese nicht mehr im Stande sind, den Druck der Arbeitslosigkeit durch Arbeitslosenunterstützung und direkte Unterstützung der Arbeitslosen zu erleichtern, so wird bald die gesamte Masse der Arbeiterschaft die Folgen davon in Gestalt von Lohnreduktionen und Entlassungen zu verspüren bekommen.

In Uebereinstimmung mit einem Artikel der Chemiker Volksstimme hebt der Verfasser weiter hervor, dass die Gewerkschaften die Zeit der Krise zum inneren Ausbau der Organisation und zur Vertiefung der Agitation verwenden sollen. Im Vordergrund wird namentlich gemacht: Entschärfung der Parteiverbindungen, Aufklärung über die Verhältnisse im Beruf, Vertiefung über die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, über die ortspezifischen Kämpfe und über Arbeiterdisziplinierung.

Wir lezterer aber sei ein Gebot beibringt, das herufen sei, gerade während der Handelskrisis in hohem Maße die Gewerkschaften in Anspruch zu nehmen; das Verhalten derselben zur Arbeiterklasse. Es genüge nicht, die Arbeiter über die bestehende Schutzlosigkeit aufzuklären; vielmehr müssen sie dafür Sorge tragen, dass auf das Parlament und die Regierung jener politische Druck ausgeübt wird, der nötig ist, um die Arbeiterdisziplinierung weicher zu entwickeln und in diesem Sinne ihre Mandatgeber in Aktion treten zu lassen.

Wie wir selbst an dieser Stelle früher mehrfach geschrieben, führt auch Vorwus aus, die Gewerkschaften seien zwar keine parteipolitischen Organisationen, sie stehen jedoch ohne Unterschied der Parteirechtung offen, sie fragen bei Streiks nicht nach dem politischen Standesbekenntnis; aber vor allem den Gewerkschaften den Weg weist, sich um die Zusammenlegung des Kapitals und des Bankens, was darin geschieht, nicht zu kümmern, denn nach dem Verfasser ist die Geschichte der Gewerkschaften, zahlreiche Gesetze greifen direkt oder indirekt in jene Verhältnisse ein, um die sich die Tätigkeit der Gewerkschaften bemagt. Man darf nur an die Justizvorsorge erinnern.

Desgleichen an den Parlamentarismus. Was nützt es den Gewerkschaften, das sie mit der größten Mühe und unter vielen Entbehrungen sich Verbesserungen erkämpfen, wenn durch die Entziehung der Lebensmittelpreise die ganze Volkswirtschaft mit einem Schlag zu gunsten der Agrarier inogestautert wird?

Zur Zeit des industriellen Aufschwüngen haben die Gewerkschaften im freien Kampf gegen das Unternehmertum Erfolge erzielen können. Zur Zeit der Handelskrisis hindert sie ihre wirtschaftliche Schwäche daran. Um so mehr müssen sie jetzt danach streben, ihren politischen Einfluss geltend zu machen, um auf dem Wege der Gesetzgebung sich Vorteile zu verschaffen.

Wenden nun der Verfasser weiter das Verhältnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften genügend erörtert und nachweist, wie sehr beide einander wirtschaftlich frügen und fördern, kommt er zur Beschlus: Die Einführung eines kurzen Normalarbeitstages ist während der Handelskrisis das beste Mittel zur Vertiefung der Arbeitlosigkeit. Ein gemeinsames Vorgehen von Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu gunsten des Achtstundentages ist eben die Aktion, auf die beide Organisationen sich zu vereinigen können.

In einer geschichtlichen Skizze über den Kampf der deutschen Sozialdemokratie um den gesetzlichen Normalarbeitsstag verweist sich der Verfasser am Schluss zu dem fragwürdigsten Tage: „Der Ausschritt in dem Verhalten der Fraktion ist unentbehrlich. Das frühere freundliche Draufgesehen weist einem Jüngen und Jüngerin.“ Was an die Stelle im „Taffo“ erinnert: „Der Wähler wird öfters kalt genannt — Von Weibern, die sich warm vor andrer glauben. — Weil sie die Dose liegen überfällt.“ Doch hat es der Verfasser nicht so böse gemeint, denn er folgt sehr entscheidend hinzu: „Je größer die politische Bedeutung des Tages, desto größer die auf der Fraktion lastende politische Verantwortung, desto wichtiger wird ihr parlamentarisches Auftreten. Das ist sehr beachtlich.“

Wenn demgegenüber sei es besser, wenn die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes über den Achtstundentag nicht der Fraktion übertragen werde. Es müßte Kollektivarbeit der Partei sein, sich aus der öffentlichen Diskussion heraus entwickeln. Und da einer immer den Anfang machen muß, so lege ich einen von mir ausgearbeiteten Gesetzentwurf vor. Möge sich daraus eine möglichst eingehende Kritik knüpfen. Ich will gern die Fingel auf mich nehmen. Aus der Kritik wird dann ein neuer Entwurf entstehen, der abermals seine Kritiker finden wird, bis wir schließlich einen Gesetzentwurf erhalten, der lieb- und süßlich ist.“ Der Verfasser wünscht, daß sein Entwurf zum Gegenstand der Diskussion in Versammlungen von Arbeiterelementen und Gewerkschaften gemacht werde, und bittet, ihm die Mitteilung der Adresse des Verlags zu machen.

Der Entwurf umfasst 15 Paragraphen und ist von einem Nachwort zur Erläuterung begleitet. Eine Beurteilung desselben müssen wir auf ein anderes vorbehalten.

Wir wünschen der Schrift weite Verbreitung und gründliche Kritik

\* Verlag von W. Ernst, München. Preis 30 Pf. Durch die Volksbuchhandlung zu beziehen.

37) [Nachdruck verboten.]

## Der Reisende aus Atrurien.

Roman von W. D. Howells.

Übersetzt von Wilhelm Gieseler.

So leicht gab sich der Farmer aber nicht zuwieben. Er stand seinen Mann, und ich hörte, wie er inmitten der ladenden Menge immer wieder davon anging, daß man seinen Vorkauf zu bezahlen brauche, um von Monopolyen und sonstigen Dingen zu hören, auf die man tatsächlich mit der eigenen Late hinaus käme. Schließlich sah ich, wie seinen Kampf sich zu ihm begab und ihm heilige Vorstellungen machte, um jedoch verließ, ohne seinen Zweck erreicht zu haben. Mählich aber sagte der alte Bauer ganz konstant: „Na ja, kann sein, und werdend in der Menge der anderen.“ Als gläubig, seine Frau hat ihm schließlich den Zeitpunkt klar gemacht.

„Es sollte mir sehr leid thun“, fuhr jetzt der Atrurier wieder fort, „wenn irgend jemand von Atrurien zu kommen sollte, daß ich Ihnen nicht nach bestem Können und Wissen ein besseres Bild der Zustände meines Landes vor der großen Umwälzung gezeigt habe, jener Umwälzung, von der an unser Land erst den Namen trägt. Wenn irgend jemand in diesen Zuständen dieselben Jüres eigenen Landes wieder erkennen, so kann ich nur sagen, daß ich dieselben nicht zu genau kenne, um zu korrigieren, ob sie Ihnen ähnlich.“ Wie dem auch sei, ich kann unmöglich glauben, daß es bei Ihnen wirklich so schlecht aussehen sollte, wie es damals bei uns ausgesehen hat. Ich will Sie nicht mit Einzelheiten artholen. Das hatte aber gefürchtet, daß ich mirere Zustände zu allgemein gesehnet habe, da Sie sich aber so gut hineinfinden können, will ich in derselben Weise fortfahren.

Sie werden es beargwöhnen finden, wenn ich Ihnen sage, daß die Akkumulation in einer hohen Gradstellung nicht gelernt ist, ohne daß ihr Widerstand entgegengebracht werden wäre. Die Arbeiter, die natürlich am meisten unter der Unterdrückung zu leiden hatten, begannen schon jetzt sich dagegen zu wehren; der Trieb der Selbstbehaltung trieb sie, sich zusammenzuschließen, zu Verbänden bildeten sie Vereine von begrenztem Umfang für jeden

Veren, jedes Gewerbe, dann wurden daraus nationale Unionen, die Kongresse abhielten, er jede für sich, dann mehrere gemeinschaftlich, Föderationen verschiedener Berufe und Gewerbe bildeten, bis sie sich schließlich zu einer ungeheuren Union verschmolzen, der alle diejenigen angehörten, deren Interessen nicht mit denjenigen der Akkumulation identisch waren. Dagegen wurde Vereinigung der Schwachen zum Schutze der Schwachen kam aber erst zu Stande, als der unerbittliche Anstich der Akkumulation bereits die Monopole auf ein einziges von ungeborenen Umfange zurückgeführt, als der Stärke den Schwachen bereits nur allein, was ihm gebührt, verhängen hatte und die Vetter dieses Monopols mit absoluter Gewalt alles beherrschten, genau so wie feudale Selbstherrscher nur ohne einen solchen Ziel zu führen. Wir waren in das Bündnis von unterer vierhundert Freiheit zu brennen, daß wir es kaum merken, wie wir in Wirklichkeit zu Sklaven gemacht wurden. Die Akkumulation nahm eben ein großes und hohes in Bezug, wie die Minen unter ihm und die Vöden über ihm; der Akkumulation gehörten die Hülsen und Getreue und die Schiffe, die auf ihnen lasteten, ebenso wie die Fracht, die in ihren Tiefen schwamm; Handel und Gewerbe, alle Verkehrsrichtungen gehörten ihr, ebenso alle Waren und Güter; nach dem unüberwindlichen und unerbittlichen Gelehen der Logik hand die Tade so: Die Akkumulation war und wir waren nicht.

Aber auch die Akkumulation hatte etwas verfallen. Sie hatte es zu bezaun gehabt, die Regierung, die gelehrenden Körperlichkeiten und die Gerichte für sich zu kaufen, das sie sich nicht viel um das Wohlbefinden zu kümmern brauchte. Sie ließ es uns als unmaßgebliches Spielzeug; sie hatte nichts dagegen, wenn wir uns von Zeit zu Zeit mit einer Wahl verriegelten. Die machte sie ausstellen, wie sie wollte, ihren Wohlbehörden feinen Entzuga thun konnte. Die Akkumulation wußte, daß sie die Regierung lieb, wen wir uns immer zum Präsidenten oder Gouverneur ernennen wollten; ich muß bemerken, daß wir für die Vöden andere Namen hatten, ich gebrauchte diese Bezeichnungen nur, um den Vergleich nicht zu erschweren, und ich hoffe, daß mein Freund dort nicht wieder denkt, ich werde von Amerika.

„Nein“, rief der alte Farmer zurück, ohne sich zu erheben, „bis jetzt noch nicht.“

„Keine Unterbrechung!“ rief ein Eisenbahnarbeiter. „Alles

zu seiner Zeit fahren Sie fort“, wandte er sich an den Atrurier.

Dieser zögerte nicht:

„Von Anfang an hatte ein fast ununterbrochener Kampf geist zwischen der Akkumulation und dem Proletariat. Die Akkumulation veränderte immer, sie sei der letzte Freund des Proletariats, und sie demüthigte durch die unter ihrer Kontrolle stehende Presse die Arbeiterführer als Dezer und Aufwiegler, die nichts könnten, als Unzufriedenheit zu säen. Streiks, Tumulte und auch noch Schlimmeres zu inszenieren. Aber dieser Freund des Proletariats zeigte sich bei jeder Gelegenheit als sein tödlicher Feind. In Zeiten der Ueberproduktion, wie wir das nannten, werbe sie die Arbeiter aus, legte sie auf die Straße, ihre Familien hatten samt und sonders verhungern müssen, wenn die öffentliche Wohlthätigkeit nicht ihr etwas Brot gekostet hätte. Sie wachte fortgesetzt nach Gelegenheiten zur Reduzierung der Löhne; sie machte Geleise, die die Streiks verboten oder zum mindesten sehr erschwert; die Arbeiter verurtheilte die erste Zentral von Arbeitern, und bei jeder Gelegenheit als Vorkomparatoren; sie zerrten und behnten die Geleise so, daß sie schließlich in ihr Gegenteil umgekehrt wurden; es kamen Verurteilungen zu Stande wegen Landnahmen, die der Gesetzgeber ausdrücklich als erlaubt erklärt hatte. Gott behüte Amerika, daß es nicht auch hier soweit komme. Sollte es aber doch einmal der Fall sein, so will ich mir wünschen, daß Sie eben einmisch den richtigen Weg finden mögen, wie wir ihn schließlich fanden, als von der Freiheit sich nur noch der Name bei uns erhalten hatte und die Gerechtigkeit eine fiele Dirne geworden war.“

Die Akkumulation hatte sich so ungelöst, so rapide entwickelt, war so leicht zur allmächtigen Gewalt gelangt, hatte schließlich alle Reagenen im Proletariat so vollständig unterdrückt, daß sie ein vergaß; das vernachlässigte und verdrängte Maßrecht abschwanden. Man hatte es dem Volke gelassen, da es ja so leicht war, seine Wirkungen zu annullieren. Als schließlich die Führer des Proletariats auftraten, immer wieder zum Streik über zu irgend einer anderen Art von Widerstand zu rufen und die Akkumulation nur das politische Gebiet hinüberleitete, das langsam die Einwirkung herein, die schließlich die Akkumulation ganz und gesehnetem. Wie der Fluß an der Quelle nur ein ungebändertes Wasserfließen ist, in seinem Laufe aber durch Zufüsse immer mehr aufschwillt, entwickelte sich aus



stetlich mit allen Parteien zu verhandeln. Herr Richter soll sich gebühren, aber für die Klarheit steht die Stunde des Schiedens unverschieblich bevor. Der Herr Graf Bülow hat eine Paraphrase des bekannten Thielenschen Diktums: gebaut wird er doch — aber erst seiner Zeit.

Nach der Rede Bülows leerte sich das Haus und der freilichverordnete Führer Herr v. Jellig hatte das Verlangen, vor lesen Vorträgen zu sprechen, niemand aber dabei etwas, denn die feineren Kreise sind nicht geneigt, sich in die Angelegenheiten der Politik zu mischen. Am Freitag wird zunächst Freiherr v. Meinhofen dem Freiherrn v. Jellig antworten. Ein Gegenwort, wonach die Landespolizeibehörden befragt sind, zur Verhinderung der Verunreinigung landwirtschaftlich herangezogene Gegenstände (sich) über und sonstige das Landwirtschafsbild verunreinigende Nahrungsmittel und Abfallstoffe außerhalb der geschlossenen Ortsgrenzen zu verbieten, ist dem Landtage zuzugangen.

Graf Douglas (sonst) hat seinen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. Verhinderung der schädlichen Folgen des Brandtunns eingemittelt wieder eingebracht.

Der Wetter kommt doch, aber sein Verlauf ist infolge der jüngsten Ereignisse mechtlich modifiziert worden. Ursprünglich, so schreibt die Daily Mail, ist der Zweck des Besuches ein viel weiserer gewesen, doch habe man es jetzt englischerseits für ratsam gefunden, ihn zu einer bloßen Familienfeier einzuschränken. Der Prinz wird am 25. Januar in Berlin ein treffen, wo ihm Wilhelm I. einen glänzenden Empfang bereiten wird.

Regierungsverweigerer und Arbeitslosigkeit. Der Regierungsverweigerer von Götting hat nach Kenntnisnahme von dem Stande der Arbeitslosigkeit in Götting dem Stadtrat 1000 M. zur Milderung der Not überwiesen. Der geplante Hofball wurde abgesetzt; die Aufwendungen hierfür sollen an die Armen der Stadt verteilt werden. Dies Vorgehen wäre an manchen Orten zur Nachahmung zu empfehlen. Wenn man überall nach dem Göttinger Beispiel verfahren wollte, so würde der Arbeitslosen manches rechte Stümchen zugeführt werden, denn die Hoffentlichkeiten kosten bekanntlich sehr viel Geld.

Nach andere Teile können von dem Beispiel des Göttinger Regierungsverweigerers lernen. Hier in Halle veranlaßt gegenwärtig ein Vertreter der Lebensmittel-Verwaltung den Verkauf von der zahlungsfähigen Öffentlichkeit, die nach untrübe Schätzung einen Betrag von etwa 1500 M. haben. Das Geld wird der Singalade emittiert überwiesen, der so wie so die reichsten Leute der Stadt angehören.

Heber eine Maßnahme, die infolge des Eisenbahnunglücks in Altenfeld getroffen worden ist, berichtet ein Berliner Blatt. Der Salzwagen des Eisenbahnunglücks bei Altenfeld angeordnet hat, niemals an das Ende des Ganges gelegt werden. Wasser hand es den Direktoren frei, ihn an beliebiger Stelle zu platzieren. Sämtliche Vorhänge der Eisenbahn-Direktionen sind von der Verfügung des Kaisers in Kenntnis gesetzt worden.

Was ein gebildeter Mann ihm! Mit der Offenheit, die den Soldaten geist, schreibt der bekannte Generalleutnant v. Boguslawski im Tag zum Jenseitendorm.

Der ungebildete Mann hätte den Beleidiger der ihm ins Gesicht geschlagen. Aber mit Fing und Recht zu Boden geschlagen, der Mann der höheren Stände stellt ihn vor die Waffe. Ungenügend ist wohl neben dem Kaiserhohm die alte Forderung „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ selten kundgegeben worden. Und Herr v. Boguslawski wird sicherlich sehr böse werden, wenn man ihm nicht für einen guten Geistlichen hält.

Professor Adolf Wagner veröffentlicht in der Kreuz-Zig einen längeren Artikel, in dem er die Auflösung des sozialwissenschaftlichen Studentenvereins bedauert und erklärt, es sei nicht richtig, daß in diesem Verein die radikalsten Strömungen sich haben breit machen können und daß er dadurch der Sozialdemokratie Vorstoß geleistet habe. Der Verein sei ein Bedürfnis gewesen; solche Vereine seien nicht unbedenklich, ja direkt nützlich, auch für die Diskussion von sozialen Problemen, mit denen sich, wie alle Welt, gerade der geistig rege Teil der Studentenschaft beschäftigt und über welche die akademischen Vorlesungen sich notwendig mit erheben. Der gegenwärtige seltsame Zustand, daß das, was eine Reihe von Meistern unanbehalten zugelassen haben, von einem anderen Meistern rein nach dessen subjektiver Einsicht zurück unterzogen wird, erscheint nicht nur noch so ziemlich allen Studenten jeder Richtung, sondern auch vielen akademischen Kreisen, wie mir selbst wiederholt unabweisbar. Wagner knüpft dann Bemerkungen über das künftige Vereinsrecht an und behauptet, daß man die Studenten, die man als Männer und Herren behandelt, anderserseits wie Kinder zu gängeln zu könne. Um wenig mehr Vertrauen zur Vernunft, zur Selbstbeherrschung und freien geistigen Betätigung der jungen Leute würde besser, als diese Art Bevormundung. Wagner schließt, daß er es sehr bedauern würde, wenn kein dergleichen Verein mehr bestünde oder etwa eine Neubildung eines solchen verhindert würde, und er wisse, daß er mit dieser Ansicht nicht allein unter seinen Kollegen verstanden würde, sondern auch unter seinen Kollegen verstanden würde.

Polizei- und Kommunalverwaltung. In Berlin wollen die Kommunisten und Sozialisten den bei den letzten Wahlen durchgefallenen Rechtsanwält Ulrich mit Gewalt wieder ins Stadtparlament bringen. Sie entfalten im fünften Kreise, wo eine Erwahlung in der 2. Klasse stattzufinden hat, eine starke Agitation, besonders durch Flugblätter. In einem solchen, das der konfessionelle Polizeikommissar v. Böckl mit unterzeichnet hat, heißt es unter anderem, daß in Berlin die überaus besorgniserregende Tatsache besteht, daß eine kleine aber mächtige Mique mit dem Verlangen, die Stadt zu beherrschen, sich in die Politik und wahllos faul, und daß neben einer beispiellosen kommunalen Wirtschaft das leere politische demokratische Schlagwort dominiert und die Mehrzahl der Verhandlungen in unfern Stadthaus ausfüllt. Die besser gemeinten Kreise dürften diesem Treiben nicht mit stiller Verachtung zu sehen.

Die Polizei selbst ist auch gegen sächliche Kritik sehr empfindlich; alle Augenblicke schießt sie einen Meistertext vor den Stadt. Hier begibt aber einer ihrer Leiter bewußt stärkere Beleidigungen!

Als Verfasser der gegen den Vandalenmajor v. Endell gerichteten Artikel der Tagl. Rundschau hat sich jetzt der Kreisinspektor Dr. Keller in Birnbaum genannt.

Nun kann die Schieberei also losgehen!

Die Sittlichkeit im Meer. Vor dem Düsseldorf'scher Militär-Kriegsgericht wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt wegen eines schweren Mordvergehens, dessen sich ein wachhabender Unteroffizier und elf Mannschaften in Gemeinschaft schuldig gemacht haben. Während dem nicht sämtliche Mannschaften, ebenfalls unter Ausschluss der Öffentlichkeit, zu erheblichen Gefängnisstrafen verurteilt worden — 4 nun gegen den Unteroffizier

Wilhelm Stübe auf 6½ Monate Gefängnis sowie Degradation erlassen worden. Er hatte sich mit seinen Untergebenen gemeinsam auf der Wache an einer Feiernsperre in unzulässiger Weise vergangen und dem revidierenden Kommande eine falsche Meldung gemacht.

In neun Monaten Gefängnis ist von der 2. Strafkammer am Landgericht II der Gemeindevorstandsrat Altenburger in Vildtenberg gefesselt verurteilt worden, weil er in der Nacht zum 3. Juni v. J. ohne Erlaube den Kaufmann Wolf mit dem Schlüssel gelassen hatte. Die Anstiftung wurde verurteilt, nachdem Wolf, der um Erlaube wachte, von dem betrunkenen Beamten vergeblich verlangt hatte, daß er ihm die Thür öffnen solle.

Schon wieder eine Duellhysterie. Zwischen dem Landrat v. Bennigsen und dem Richter der Domäne Springe-Altenhagen fand gestern morgen nahe Springe ein Duell statt, bei dem v. Bennigsen einen Schuß in den Unterleib erhielt. Er wurde in das Krankenhaus zu Hannover gebracht. Die Wunde ist anscheinend nicht lebensgefährlich.

### Zusland.

Frankreich. Auf dem Wasserweg befinden sich jetzt die bedeutendsten Vorküfer Frankreichs. Die Reisen Waldst-Roussens, Mikrandas usw., von denen berichtet worden ist, mit ihren abstrusen Reden haben auch hier den Zweck, Zustimmung für die Wahlen zu machen. Am Weisheit, der Führer der opportunistischen Liberalen hat nun auch in Remerment gesprochen. Er wandte sich zunächst gegen die Monarchisten. Der Kampf gegen die Republik müsse endlich aufgegeben werden; immer mehr der Monarchisten erkennen die Republik als notwendig. Mikrand hat sich sehr geschickt verhalten, unter den Augen des Ministerpräsidenten die Arme der Revolution zu formieren und einzuzerzern. (2) Mehr und mehr seien die Gewerkschaften politisch und revolutionär geworden; man verfolge offen den Zweck, die Arbeiter für eine kommende Revolution vorzubereiten. In Wahrheit habe Mikrand gegen die gegenwärtige Gesellschaft in geistiger Weise operiert; er werde auch damit Erfolg haben, die Grundlagen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu unterminieren, wenn er sein Werk noch länger fortsetzen könne.

Seine schärfste Offenbar der revolutionären Sozialismus Mikrandens, der vor dem Haren geschuldet und dessen Orden sich auf seine freie Männerwelt beschränkt, zu hoch ein.

Gegen die Orden. Das Gericht von Bordeaux verfügte die Auflösung der Karmeliten-Ordens und die Besetzung der Pforte dieses Ordens.

England. Der Wiederzusammentritt des Parlaments. Der König wird in seiner Thronrede ein Wassergetreide, ein Weizengetreide, und eine irische Landwirtschaft entführen. Die Session soll übrigens bald nach der Krönung wieder geschlossen werden.

Amerika. Zustände in Kolumbien. Die Herr. J. meldet aus Kolumbien: Nach einer Meldung des Herald aus Kolumbien ist es zwischen zwei Abteilungen der kolumbianischen Regierungstruppen zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen, weil die eine die andere für revolutionär ansah. Es wurden 18 Mann getötet und 23 verletzt, ehe der Sturm endete wurde.

## Zum Zollkrieg.

Die Zollkommission des Reichstages hat gestern die ersten vier Paragraphen des Zolltarifgesetzes erledigt. Sie verhandelte zunächst über den von unteren Gewerken beantragten § 1: In jedem Steuerdistriktbezirk ist eine Behörde zu errichten, die auf Verlangen über die Zolltarifliche Ausfuhr zu geben hat, zu welchen bestimmte Waren oder Gegenstände im deutschen Zollgebiet zugelassen werden.

Abg. Strohthagen beantragte diesen Antrag. Abg. Heim ist der Ansicht, daß für unempfindliche Verhältnisse ein Bedürfnis nicht vorliege, da die Zollbehörden bereitwillig Auskunft erteilen. Die Abg. Gothein und v. Bredow beantragten den Antrag, Abg. v. Marx v. H. sprach sich dagegen aus. Nach dem Erörterung der Antrag wiederholt verhandelt hatte, wurde er abgelehnt. Hierauf wurde § 2 des Gesetzes, welcher Bestimmungen trifft, wann die Gewerkschaften nach dem Hochgericht, wann nach dem Meingewicht erhoben werden sollen, in der Fassung der Vorlage angenommen, nachdem ein sozialdemokratischer Antrag, fast Doppelgänger zu sagen 100 Allogramm, abgelehnt war. Gegenüber Paragraph 3 des Zolltarifgesetzes, welcher den Bundesrat ermächtigt, das Waren, deren vollständige Unternehmung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist, nur bei bestimmten Zollstellen abgefertigt werden dürfen, in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen, nachdem Abg. Gothein einen von ihm zur gestellten Antrag zurückgezogen hatte und ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt war. Zum Schluß wurde nach Zurücklegung und Ablehnung mehrerer Anträge § 4 des Zolltarifgesetzes über die Zollfreiheit der mit der Post eingeschickten Sendungen bis zu 250 Gramm und der der Gewerkschaften unterliegenden Waren in Mengen unter 50 Gramm angenommen. Zur Annahme gelangte ein Amendement, daß nur in Falle des Nichtausfalls dem Bundesrat die Befugnis eingeräumt wird, für einzelne Warengruppen und einzelne Grenzstellen Verpfändung anzuordnen.

Die Erhebungen über die Rentabilität der Landwirtschaft. Die von deutschen Landwirtschaftsvereinen im Auftrage des Reichstages durchgeführten Erhebungen sind, sind in einer Eingabe des Handelsvertragsvereins an den Reichstag als unzureichend bezeichnet worden. Der Handelsvertragsverein hatte darauf hingewiesen, daß von den nahezu 10000 ausgegebenen Fragebogen nur ein Fünftel beantwortet zurückgekommen sei und daß von den beantworteten Fragebogen nur 1/4 als „einemmaßen brauchbar“ erachtet seien.

Nun teilt die Berliner Korrespondenz mit, daß die Schlussfolgerung des Handelsvertragsvereins unzureichend ist. Es seien nicht 10000 Fragebogen zurückgekommen, sondern an die einzelnen Bezirke mehrere Fragebogen zur Verteilung gelangt. Mehr als 1500 Bezirke hätten den Anforderungen der Erhebung völlig Genüge geleistet. Die offizielle Korrespondenz führt sich daher berufen, der Arbeit des Landwirtschaftsvereins ein zühendes Loblied zu singen.

Nun sind die Ergebnisse dieser Untersuchungen bisher geheim gehalten, und erst geteilt den Mitgliedern der Zolltarifkommission bekannt gegeben worden. Es wurden 1525 Bezirke untersucht, die Rentabilitätsvermittlungen beruhen auf den Ergebnissen der Jahre 1893-1898. 74 der untersuchten Bezirke gehören zum kleinen oder mittleren Weite, 4 zum Großgrundbesitz. Der durchschnittliche Ertrag des Gesamtwertes soll 2 1/2 Prozent betragen. Ueber die Berechnung der offiziellen Vorschreibungen wird man sich erst nach geneueren

Studium ein Urteil bilden können und in besonderen erst nach Bestimmung der Frage, nach welchen Grundgrößen der agrarisch geteilte Landwirtschafsbild die Maßzahl der zu untersuchenden Bezirke vorzuziehen hat.

Sie wissen es nicht. Zu ihmangern Vorbed bei Gien fand am Sonntag eine Volksversammlung statt, die gegen den Brotwunder Stellung nahm. In der Versammlung waren auch sechs katholische Geistliche mit vielen hundertern kommunistischen Schülern erschienen. Nach dem Absingen des Vaterlands, der nun unter großen Jubel der Christlichen seine Ausführungen beendigt hatte, sprach der bekannte Kaplan Braun, natürlich für den Brotwunder. Es wurde ruhig angehört, Brauns lautstimmige Zehlfelder hatte eine hohe Beredsamkeit des Genossen Dittell zugeführt, die Eingangs ebenfalls ruhig anhörten. Als Brauns geendet, daß er eine Resolution an den Papst, welche sie über schließlich wieder ein, als der Vorbede erklärte, sie solle verlesen und zur Diskussion gestellt werden. Er bemerkte nun, nach, seine Rede werde dafür geltend haben, was die Christlichen mit Besatzgebrüll beifällig. Dann fuhr der freitbare Kaplan den Ausgang. Gen Dittell, der dem Kaplan antworten sollte, konzentrierte zunächst, Bezirke sticht ja mit seiner Revolution. Nun erhoben die Christlichen ein infernalisches Getöse und hunderte Menge riefen sich drohend der Beside entgegen. Nachdem mannte gegen des Anmaltes die Versammlung verlag, nachdem die Dittell endlich zu Wort kam, ließ er sich von dem anwesenden Geistlichen durch den Dittell, der sich der Resolution des Kaplans angeschlossen. Auf die Frage, was denn in der Resolution stehe, erfolgte prompt die Auskunft: Das wissen wir nicht! — Ja, sie wissen nicht, was sie thun.

Unruhe Kraftbewegung sieht die Deutsche Tageszeitung auf einmal in der weiteren Haltung des Kaiserthums, da sie von mehreren Seiten zuverlässig erfahren habe, daß sich einige Vertreter der verbündeten Regierungen, allerdings ganz unverbunden, dahin ausgesprochen haben, daß der Bundesrat voranschreitlich nicht geneigt sein werde, bezüglich der landwirtschaftlichen Zölle, insbesondere der Getreidezölle, über die Säge des Tarifvertrages hinaus zugehen. Es beruht ferner, daß mehrere Bundesfürsten keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß sie nicht in der Lage seien, die Vertreter ihrer Staaten im Bundesrat anzuweisen, für eine Erhöhung der genannten Zölle zu stimmen.

Der Zweck dieses Alarmrufes ist nur allzu durchsichtig. Die Deutsche Tageszeitung will, indem sie gleichzeitig gegen das energische Auftreten der Zollkämpfer waltet, von den Regierungen die Zulage erflehen, daß sie auch nach höheren Zöllen zustimmen werden.

### Polizeiliches und Gerichtliches.

Ein Verleumdung der Polizei soll sich der Genosse Hinkel in Berlin verübt. Hinkel schuldig gemacht haben, daß er einen Verleumdung von vierhundert Reichsmark an Sozialisten geteilt und jungen unzureichenden Leute, die, zum 30 Jahre alt, glatt rasiert, hautungete mit der Ueberzeugung von Verunreinigungen beauftragt wurden. Diese angeblich geteilten, von Hinkel aber bestrittene Verleumdung besag der Bezirksanwaltschaft und Amtsanwalt Zehn in Wandlitz auf sich und es wurde durch den Reichsanwalt in Berlin ermittelt, daß der Genosse Hinkel als Franzose, er soll an der Zeitlinie gefangen und die ganzen Anstrengungen, die ihm „auf einmündert“ erschienen, gehört haben, während sein einziger Teilnehmer an jener Versammlung ausständig gemacht worden konnte, der den Genossen an dem genannten Platz gesehen hat. Der Herr Amtsanwalt teilt auch eine besondere Mitteilung mit, daß ein sozialdemokratischer Beamter nur einem Führer der Sozialdemokratie verglichen werde, und beantragte, um ein Beispiel zu füttern, jedes Wochen-Gefängnis, das sonst gegen Schneider werden halten und die Beamten befehlen könne. Das Urteil lautete auf 14 Tage Gefängnis. Verurteilung ist eingeleitet.

### Parteianträge.

Ferri gegen Turati. Am Venti fecht sich Enrico Ferri mit Turati aneinander. Ferri behauptet sich, daß Turati in ziemlich verächtlicher Zone spreche und augenscheinlich bemüht ist, die Brücke der Verständigung nicht abzubauen. Nach Ferri's Meinung ist der Unterschied in der Auffassung der augenblicklichen Lauff der sozialistischen Gruppe nicht einander verträglich zwischen dem Turati und dem Ferri. Turati will, wie meistens Ferri behauptet, auf alle Fälle den Stütz des liberalen, sozialreformierlich schillernden Ministeriums Zanardelli-Giolitti hindern und nicht demagogisch die sozialistische Gruppe um jeden Preis in ministeriellen Fahrwasser zu halten; Ferri dagegen will nach dem Ministerium zurückgehen die Bestrebungen, die Sozialisten unterrichten oder nur von Fall zu Fall, und ohne darüber den Interzessen gegenas zwischen Sozialisten und Bourgeoisie, auch der liberalen Bourgeoisie irgendwem zu verschleiern.

### Gewerkschaftliches.

Die Arbeitlose genaschert werden. Die Stadt nach Arbeiter in die Germania-Werke in Kiel erdet gerade in großen Umfang aus. Ein Agent Müller in Stettin, Reichslandschaft 17, annonciert in auswärtigen Blättern nach Schiffsarbeiter, die Arbeiter aus Wandsbeck herüber zu beschäftigen, verleiht, nach Stettin zu fahren, um die Arbeit anzutreten. Zu ihrem Verbleiben müssen sie erziehen, das dort überhaupt keine Arbeit vorhanden sei, sondern die sie nach Kiel sollten, daß aber weiter ihnen eine feste Garantie dafür gegeben werden könne, daß sie in Kiel Arbeit erhalten. Für diese Vermittlung verlangt Herr Agent Müller noch eine Provision von 3 M! Von zwei Seiten aus Wandsbeck, die ihr ganzes Geld vereint hatten und nun mittellos in Stettin dastanden, mußte einer um das Geld zur Niederlage an seine Frau telegraphieren, der andere seine Uhr verzeihen. — Das ist ein furchtliches Spiel, welches da mit Arbeitlosen getrieben wird. Der Stadtrat von Gera im Kampfe gegen das Gewerkschafts-Kartell. Das Gewerkschaftskartell in Gera hat wiederum kostenlos zur Verfügung steht. Der Stadtrat erklärte diese wichtige Einmündung für einen fusionspflichtigen Gewerkschaftsbetrieb und unterwarf dem Sekretär desselben den Antrag, gegen die Gewerkschaft eine Verfügung unterbreiten, welche die Befugnis der Verfügung des Stadtrats; das Ministerium hat sie jedoch auf. Dieses war der erste Streich, doch der zweite folgt gleich: Der Stadtrat von Gera hat nämlich auch gefunden, daß die Mitgliederbeiträge des Gewerkschafts-Kartells ein steuerpflichtiges Einkommen darstellen. Der Stadtrat hat den Verordnungsbescheid bereits einen auf 120 M! monatlich lautenden Steuerzettel erhalten. Bis der Stadtrat mit dieser originellen Idee abgekommen ist, taucht in ihm hoffentlich wieder eine neue ebenjo geistige auf.

### Leitung aus Delitzsch.

Für Parteizwecke erhalten: Vom Genossen Karl Strepp auf Seiten 15,30 M. für Volks-Kalender Tour Jochaus 7,40 M. Karte 2,90 M. halten. Der Kreisvertrauensmann: V. Biedermann. Zweckstunde der Redaktion nur mittags von 1/2 bis 1/2 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: H. Weichmann in Halle.



## Zu den Gemeinderatswahlen.

### Die Auslegung der Wählerlisten

Für die demnächst stattfindenden Gemeinderatswahlen hat nach § 56 der Landgemeindeordnung überall zu demselben Zeitpunkt zu erfolgen und nicht, wie gefehlt irtümlich angegeben war, in den einzelnen Orten zu verschiedener Zeit. Folgendes ist dafür der Zeitpunkt

vom 15. — 30. Januar.

Unsere Genossen auf dem Lande haben also die Verpflichtung, sich um die Auslegung der Wählerlisten zu bekümmern und Freunde und Bekannte davor aufzuwecken zu machen. Die Auslegung erfolgt in der Wohnung des Ortsvorstehers oder im Gemeindebüro. Der Gemeindevorsteher ist verpflichtet, das Nachsehen zu tun oder selbst zu übernehmen. Sollte sich also kein Wahlberechtigter davon abhalten, sich durch die Einsichtnahme in die Wählerliste sein Wahlrecht zu sichern, da nur derjenige wählen darf, welcher in der Wählerliste verzeichnet ist.

### Wahlberechtigt

ist nach § 41 jeder Gemeindeangehörige, welcher 24 Jahre alt und

1. Angehöriger des Deutschen Reiches ist (er braucht also nicht Preuss zu sein); oder Sächse, Bayer etc. in wahlberechtigter, wenn er die sonstigen Vorbedingungen erfüllt,
2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt,
3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirk seinen Wohnsitz hat,
4. keine Armen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt,
5. die auf ihn entfallenden Gemeindeabgaben gezahlt hat und außerdem
6. entweder

- a) ein Wohnhaus in dem Gemeindebezirk besitzt, oder
- b) von seinem gesamten innerhalb des Gemeindebezirks gelegenen Grundbesitz eines Jahresbetrag von mindestens drei Mark an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet, oder
- c) zur Staats Einkommensteuer veranlagt ist,

zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahres-Einkommen von mehr als 600 M. herangezogen wird.

Für die Arbeiterwähler kommen in der Hauptsache außer der Erwerbszeit des 24. Lebensjahres nur die Punkte 1, 2, 3, 4 und 6 in Betracht. Ueber die Bedeutung der Gemeinderatswahlen werden wir später uns eingehend äußern. Wichtig haben sich die Wahlberechtigten durch Einsichtnahme in die Wählerliste zu vergewissern, ob sie nicht aus irgend einem Grunde gestrichen oder überhaupt nicht aufgenommen sind. In dem einen wie in dem anderen Falle haben sie schleunigst ihre Eintragung zu veranlassen.

### Wahlrecht.

Die Wählerlisten zu der im März d. J. stattfindenden Gemeinderatswahl liegen vom 15. — 31. Januar auf dem hiesigen Schulhaus zur Einsichtnahme aus. Es ist nun besonders Pflicht der Wähler der dritten Abteilung, die Listen nachzusehen, damit niemand, der wahlberechtigt ist, vergessen ist. Für diejenigen, denen es unmöglich ist, persönlich nachzugehen, haben sich unsere Genossen Ziegler und Wäber bereit erklärt, es zu thun. Wer also verabschiedet ist, wende sich unter Angabe seines Namens und Standes, sowie Geburtsort, Jahr und Ort, an einen der Vorgesetzten. (Ueber die Wahlberechtigung siehe oben.)

Von den bisherigen Gemeindevorstehern scheiden aus: In der ersten Klasse Grundbesitzer Herr Schulz, in der zweiten Hingelbecker Herr Schönbrod (außerdem ist in der zweiten für den zum Schöpfen gewählten Herrn Dehmann Namelet eine Nachwahl erforderlich) und in der dritten Klasse Grundbesitzer Herr Richter. Der zu wählende Vertreter der dritten Klasse, die wohl für uns zunächst in Betracht kommt, wird einmal ein Hausbesitzer sein. Wenn dadurch auch die Auswahl eines geeigneten Kandidaten etwas beschränkt ist, so darf uns dies doch keineswegs abhalten, schon jetzt mit der Agitation zu beginnen. Der von den Arbeitern und Sozialdemokraten vor zwei Jahren gewählte Genosse Wäber wird demnächst in einer öffentlichen Volksversammlung Bericht über seine Thätigkeit erstatten und dort wird auch die Kandidaturfrage erörtert werden können. Einweisen muß sich jeder Genosse, jeder Arbeiter sein Wahlrecht sichern durch Einsichtnahme in die Wählerliste.

### An die Parteigenossen und Arbeiter des Zeit-Weissenfels-Naumburger Wahlkreises.

Am März dieses Jahres finden in einer Reihe von Landgemeinden unseres Kreises die Wahlen zur Gemeindevertretung statt. Auf Befehl des Kreisrates zu Weissenfels sind die Genossen der Landgemeinden verpflichtet, die am geeigneten Genossen als Kandidaten vorhanden sind, sich an der Wahl zu beteiligen. Jedoch müssen die aufzustellenden Genossen gederichtigt und politisch organisiert sein.

In der Zeit vom 15. bis 30. Januar erfolgt die Auslegung der Wählerlisten in einem vorher zur öffentlichen Kenntnis zu bringenden Mann. Während dieser Zeit können die Wähler gegen die Richtigkeit der Liste beim Gemeindevorsteher Einspruch erheben. Wer in der Liste nicht eingetragen ist, hat sein Wahlrecht verloren. Es ist die Pflicht jedes Arbeiters, sich davon zu überzeugen, ob er in die Liste aufgenommen ist. (Ueber die Wahlberechtigung siehe oben.)

Wähler sind alle Gemeindeglieder, die das aktive Wahlrecht haben, mit Ausnahme der beidseitigen Gemeindevorsteher, der richterlichen Beamten (Schöffen), der Geistlichen, Kirchendiener, Volksschullehrer.

Eine Woche vor der Wahl werden die in die Wählerliste verzeichneten Wähler durch den Gemeindevorsteher mittelst persönlicher Bekanntmachung zu den Wahlen berufen. Die Bekanntmachung muß den Namen, den Tag und die Stunde, in welchen die Stimmen bei dem Wahlvorstand abzugeben sind, genau bezeichnen (§ 50 d. V. 1874).

Parteigenossen! Die letzten Wahlen in den Städten haben uns nicht nur eine erhebliche Vermehrung der Stimmen gebracht, sondern es ist uns auch gelungen, einen Genossen in das Stadtparlament (Zeit) zu entsenden. Nun tut auch Ihr Kreis

Pflicht und agitiert inermüdlich bis zur Wahl, damit die feiner Zeit durch die Hilfe der Arbeiter gewählten Land- und Arbeitervertreter, welche jetzt aber mit den bürgerlichen Gemeindevorstehern in idyllischer Harmonie leben, nicht mehr durch unsere Kraft in die Gemeindevorstellung gewählt werden. Tragt dafür, daß alle Arbeiter in die Wählerliste aufgenommen werden, und der Sieg wird unser.

Zur weiteren Auskunft bin ich gern bereit.  
F. H. des Zentral-Vorstandes des Sozialdem. Vereins  
S. B. Platz, Halle, 18. Jan. 1902.

## Ein neues städtisches Kaufprojekt.

In der letzten Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins wurde eingehend über einen Antrag verhandelt, den der letzte Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung vorgelegt hat. Es handelt sich um den Verkauf von Grundbesitz städtischen Grundbesitz für die Stadtgemeinde. Die Mitglieder-Versammlung faßte seinen demnach Bescheid, wollte das Projekt vielmehr noch in der Presse ausführlich diskutieren wissen. Die folgenden Ausführungen sollen diese Diskussion erleichtern.

Der Antrag ist von meinem Standpunkte gegen den Erwerb von Grundbesitz durch die Kommune nicht nur nichts einzuwenden, wir müssen vielmehr danach trachten, den städtischen Grundbesitz jederzeit zu vergrößern, vor allem, um unabhängig zu werden von dem Grundbesitzstand und Mittel zur Einschränkung des Bodenpreises in die Hände zu bekommen. Das ist jedoch nicht das, was wir in einem gewissen Maße gegen den Verkauf von Grundbesitz durch die Kommune, wenn offensichtlich eine große Ueberschuldung der Kommune vorzunehmen werden soll oder sonstige Schädigungen der Steuerzahler beabsichtigt werden oder bewirkt werden könnten.

In dies nun in dem heute zur Diskussion stehenden Falle zu berücksichtigen.

Es handelt sich um vier Grundstücke, die dem Standpunkte des Spezialisten, der aus dem schwachen oder gar keinen Erwerb städtischer Geld formen will, nur einen ganz kleinen, für die Allgemeinheit dagegen einen unter Umständen unerschöpflichen Wert haben. Der Besitz hier der Stadtgemeinde zum Kauf an:

1. Das Schmiedelände Grundstück in Gieblichstein,
2. Die Klausberge,
3. Das Domänenstück Gieblichstein, nebst Burggrüne und Aussegnung,
4. Die Pflanzgarten.

Sämtliche vier Grundstücke sind nach ihrem Charakter und ihrer Lage zu öffentlichen Erholungs- und Vergnügungsorten vorzüglich geeignet und werden auch bereits teilweise als solche benutzt. Die Stadtgemeinde hätte demnach ein großes Interesse daran, sie in ihren Besitz zu bringen, wobei der Preis nur eine nebensächliche Rolle zu spielen braucht.

Nun ist aber die Kommune „Stadtgemeinde“ nichts Gütliches, das der Kommune nur im Interesse der Bürger gegenüber, deren Interessen sie sich in jeder Beziehung widersetzen, klaffen, die in erbitterter Kampfe mit einander liegen, klaffen, von denen die eine, durch die Staatsgewalt protegirt, sich in Besitz der Macht beruht, während die andere — der überwiegende Mehrheit der Gemeindeglieder angehört — nach Anerkennung ihrer Interessen und Befriedigung, erst der Besitz der Macht strebt. Wohntmittel in den Händen einer Klasse werden stets zur Unterdrückung und Verarmung der anderen benutzt — das wird erst ein Ende nehmen, wenn die Klassenunterschiede überhaupt verschwinden. Niemand wird leugnen können, daß auch die städtischen Institutionen in der Hauptsache zum Wohle der herrschenden Klasse, der herrschenden Klasse dienen, während die unterdrückte, die bestellte, von ihrer Benutzung fast ausschließen ist. Nimmt sie die Not einmal, davon Gebrauch zu machen, dann ist die Folge eine demütigende politische Unterdrückung und eine verlorene gesellschaftliche Degradierung.

Was von den städtischen Institutionen im allgemeinen gilt, gilt von den öffentlichen Erholungs- und Vergnügungsorten im besonderen. Auch hier, wie anderswo, wird der Besitz der Mehrheit der Bevölkerung eine große Einschränkung der zahlungsfähigen Leistungsfähigkeit mit sich bringen. Die Benutzung ist ein Beweis dafür, die „herrliche“, die man bereitwillig allen benutzenden Vereinen, ja selbst agrarischen Genossenschaften zur Verfügung stellt, während das Ansehen, die zur Verfügung der arbeitenden Arbeiterklasse heranzuziehen, mit Wohlstand und Wohlstand zusammenhängen. Bei dem Verkauf neuer Vergnügungs- und Erholungsstätten kommt deshalb für uns als wesentlicher Gesichtspunkt in Betracht: Sollen diese Plätze der Allgemeinheit, vor allem dem Proletariat, zugänglich sein oder will man der Bourgeoisie neue Spielplätze in den Schatz werfen?

Genau das ist die Frage, die wir uns stellen müssen. Der Magistrat, der die Kommune in den Händen der Mehrheit zu einer netten Anlage gehalten worden ist, sieht heute, der der Zeit hat, zur Verfügung frei. Wird das, wenn die Stadt ihn erwirbt, auch noch der Fall sein? Ueberlegen lächelnd werden unsere bürgerlichen Kommunalbehörden diesen Einwand hören. Nur ein von sanftem Hab beizelter Einzelner kann die grösste Bestandslage, es könnte einmal ein hoher Stadtschulzeissum mit der Zeit gesenkt und der Preis nur Venen mit politischen Glaubensarten geteilt werden! zu werden sie argumentieren. Democh! Die Sache ist etwas anders gemeint. Am nördlichen Ende des städtischen Weidfeldes in Achen erhebt sich eine wunderbare Anlage, der Vossberg. Fröhliche alte Bäume, wohlgepflegte Blumenanlagen und herrliche Aussicht über den See, das ist, was man den Kaufpreis eines Grundstückes, man sieht sich in einem alten Heim verlohren! Und wie schnell wird einem die Stimmung verdoht! Auf der Höhe, unmittelbar vor dem Plateau, von dem man einen unergiebigen Blick über die Stadt und das liebliche Uferthal genießt, hat der weisse Magistrat der Stadt Halle ein Weidfeld erbauen lassen. Dieses Weidfeld, wie ein Gürtelband, der sich dem See zu gebend dehnt. Aber im weiten Bogen wird der Proletariat dieser Erholungsstätte ausgemittelt. Es ist zwar eine Inidrit: „Proletariat ist der Zutritt verboten“ nicht angehängt, aber auf andere Weise wird dafür gesorgt, daß die arme und feine Gesellschaft in ihrem Weidfeld nicht gestört wird. Das Weidfeld ist fast ganz von den hohen Gesträuchen und Speeren, die dementsprechend im Preise. So ist dieser Gesträuchpunkt von Aachen den Proletariat unzugänglich. Betritt sich einmal einer von ihnen da hinüber, dann reißt er vor den wütenden Blicken der eleganten Herren und Damen schnell genug aus.

Würde es etwa viel anders werden, wenn auf dem Klausberge ein „neues Weidfeld“ zur Erbauung gelänge? Dann hätte die Halleische Bourgeoisie eine Erholungsstätte mehr, an der die Strömungen durch die laute Anwesenheit des Viebes nicht zu stören brauchte.

Diese Einwände, denen ja noch eine ganze Reihe anderer hinzugefügt werden können, erlangen jedoch nicht die Abweisung des Projektes zu veranlassen. Der Magistrat, der die Kommune in die Hände der Mehrheit hat, und nach dem die das Projekt nun fundiert, angebracht. Schon die eine Tatsache, daß der Besitz in der Lage ist, für die Allgemeinheit beizubehalten mit

Größe 113000 Mark mehr fordern zu können, als im Jahre 1885, macht die Erwerbung unmissverständlich; auch die Befriedigung, es könnte das eine oder andere dieser Ziele von einem reich gemachten Bürger erworben werden und beispielsweise auf dem Klausberge eine zweite „Klausberge“ errichten, ist nicht unbedeutend. Aber es sollen diese Ausführungen dahin wirken, daß bei Abhaltung des Stadtschulzeisschritts getroffen werden, nicht nur um zu verhindern, daß das Volk tatsächlich von diesen Erholungsstätten ausgeschlossen werden könnte, sondern um den Ausbau dieser Erholungsstätten zu öffentlichen Parks erholungs- und Parks benutzungsstätten zu gewährleisten. In diesem Falle werden reichlich nicht viel kühnere Beschäftigungen erwünscht werden können — die Genehmigung der Vorlage hängt, da ich alle bürgerlichen Stadtverordneten dafür sind, nicht von den Stimmen unserer Kommunalvertreter ab. So kann auch dieses Projekt nur eine neue Veranlassung für das Proletariat sein, seine Macht zu stärken, mit allen Mitteln an der Ausführung zu arbeiten, das es auch auf die Besetzung der Kommunen bestimmend einwirken im Stande ist.

Die finanzielle Seite des Projektes ist das, was mit ihr zusammenhängt, soll in einem zweiten Artikel behandelt werden.

## Lokales und Provinziales.

Halle a. S., 17. Januar.

### Die Wahl im 3. Bezirk

ist endlich ausgeführt worden. Sie findet am 6., 7. und 8. Februar in der Volkshalle in der Clestinstraße statt. Die magistratische Bekanntmachung hat folgenden Wortlaut:

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 12. November v. J. bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß, nachdem die von der III. Abteilung des 3. Bezirks vorgenommene Wahl der Herren Korrektor Krüger und Medaektor Ziele zu Stadtverordneten von der Stadtverordneten-Versammlung in ihrer Sitzung am 16. Dezember 1901 für ungültig erklärt worden ist, eine Neuwahl stattfinden muß, und zwar die eine als Ergänzungswahl bis Ende 1902, und die andere als Ergänzungswahl bis Ende 1905.

Zur Ausführung dieser Wahl haben wir Termin auf Donnerstag den 6., Freitag den 7., und Sonnabend den 8. Februar d. J. von vormittags 9 bis nachmittags 5 Uhr in der Turnhalle der Volkshalle in der Clestinstraße (Eingang von der Drehauptstraße) angesetzt.

Wir laden die in der Liste bezeichneten Wähler des 3. Bezirks in der III. Abteilung hierzu ein, und wiederholen unseren Hinweis in der Bekanntmachung vom 15. Oktober v. J., daß, welcher getreu gemäß die zur Ergänzung der Stadtverordneten-Versammlung erforderliche Person und sodann der Ergänzung zu wählen ist.

Jedem Wahlberechtigten werden wir noch eine besondere Einladungskarte zugehen lassen, welche bei der Ausübung des Wahlrechts mit zur Stelle zu bringen ist, um als Legitimation zu dienen, und die Auffindung in der Wählerliste zu erleichtern.

Der Magistrat hat also das geographisch ungeländliche Wahllokal herausgeholt und von dem Glauchaischen Schützenhaus Abstand genommen. Damit noch nicht genug hat er auch noch die Wahlzeit um eine Stunde verlängert; bei den Ergänzungswahlen in November begann die Wahl erst um 10, diesmal soll sie bereits um 9 Uhr beginnen. Auffallend ist ferner, daß mit der amtlichen Bekanntmachung den bürgerlichen Blättern eine gleichlautende Notiz zugeht, die den Wahlkreisen mitteilt und hinzuzugibt, daß diesmal als Wahlleiter beider Magistratsmitglieder fungieren werden. Nun, die Arbeiterklasse wird auf diese neuen Schwierigkeiten überwinden. Also auf zum Kampf, die Bahn ist frei.

### Wie die Halleische Zeitung funktiert.

Zeit im Herbst unser Volkskalender für 1902 erschienen ist, demüht sich die Hall. Zeitung mit Erfolg, noch übelthäter gegen unser Blatt und die an ihm tätigen Personen aufzutreten als Fräulein. Kein Fräulein hat so viel Vorrat an lächerlichen Dingen wie das konservative Organ für Halle. Und wie mehr, so ist auch bei der Halleischen Zeitung die Wohlhabendheit der Verleger von fast übermenschlicher Gürtelstärke. Vor kurzem er mußte dem Blatte das lächerliche Märchen von dem angeblichen 5000 M. Gewinn zerstückt werden, den der Herausgeber des Volkskalenders „so nebenbei geschuldet“ haben sollte. Weiter hat man die Hall. Ztg. einen neuen Schönheitsfehler an dem sozialdemokratischen Agitator Ziele entdeckt, dessen Ziem freundlich, was das Blatt zu berichten weiß, „am sozialdemokratischen Himmel mehr und mehr erleuchtet“. Ziele soll sich nämlich in den beiden hiesigen Adressbüchern nicht nur als Medaektor u. Reichstagsabgeordneter, sondern auch als Stadtverordneter bezeichnet haben, obwohl zu der Zeit, als die Listen für die Adressbücher aufzustellen waren, die Wahl noch gar nicht stattgefunden hatte. Die Hall. Ztg. knüpft daran den weisen Rat: „Mit Ehrenmitteln wie „Stadtverordneter“ sollte man aber doch etwas vorfichtiger umgehen.“

Vor allem sollte die Hall. Ztg. mit ihrem Kohlenverreier etwas vorfichtiger umgehen: Den Ziele hat weder an das eine noch an das andere Adressbuch in irgend welcher Form die Mitteilung gelangen lassen, daß seinem Namen noch der Titel „Stadtverordneter“ beigelegt werden möge. Wie heute mittels telephonischer Gespräche mit den Verlegern beider Adressbücher festgestellt worden ist, haben sowohl der Adressbuchverleger als auch der Händelsche Verlag lediglich aus eigener Entscheidung das Adressbuch noch hinzugefügt, da während der Korrektur die Wahlen vollzogen wurden, und niemand ahnen konnte, daß die bürgerlichen Stadtverordneten es fertig bringen würden, wegen eines angeblichen Formfehlers die Wahl im dritten Bezirk für ungültig zu erklären.

Das Gerücht der Halleischen Zeitung ist also auch diesmal eitel Alimferei. Nun wäre zwar die Halleische Klasse wahrlich die letzte Stelle, bei welcher ein Bürger sich Auskunft erholen möchte, welche Titel er sich beilegen darf, trotzdem sei ihr noch gesagt, daß Ziele sich dieses Jahr sogar zum erstenmal in den Adressbüchern als Reichstagsabgeordneter bezeichnet hat,





